

Opposition und FDP kritisieren realitätsferne Prognosen zur Stromversorgung

Welt, 05.03.2023, Daniel Wetzel

<https://www.welt.de/wirtschaft/plus244102483/Energie-Opposition-und-FDP-kritisieren-realitaetsferne-Prognosen-zur-Stromversorgung.html?cid=email.crm.redaktion.newsletter.wirtschaft>

Die Unternehmensberatung McKinsey erwartet, dass in einigen Jahren die Leistung von bis zu 30 Großkraftwerken fehlen wird. Die Opposition ist alarmiert und kritisiert, dass die Ampel-Koalition die Probleme der Energiewende kleinrede. Der Regierungsbericht zur Energiesicherheit sei realitätsfern.

Die energiepolitischen Sprecher mehrerer Bundestagsfraktionen haben scharfe Kritik an einer aktuellen Prognose der Bundesnetzagentur zur Stromversorgung geäußert. Mark Helfrich, Sprecher der Unionsfraktion im Bundestag, sprach von einem „politischen Luftschloss“. Auch aus Sicht des energiepolitischen Sprechers der FDP-Bundestagsfraktion ist der Bericht der obersten Energiemarkt-Aufsicht „ein politisches Wunschkonzert, aber keine realistische Analyse der Entwicklungen“.

Auslöser der Kritik ist eine neue Analyse der Unternehmensberatung McKinsey, die rund 100 Versorgungslücken für das Jahr 2030 vorhersagt. Die Untersuchung warnt vor einer „erheblichen Versorgungslücke“ mit Strom als Folge der Energiewende. Zur Deckung der Spitzenlast im deutschen Stromnetz fehlten bereits 2025 rund vier Gigawatt Leistung, 2030 betrage die Lücke sogar 30 Gigawatt.

„Damit steuern wir auf eine erhebliche Unterdeckung zu“, heißt es in den Erläuterungen zum neuen Energiewende-Index von McKinsey, die WELT AM SONNTAG vorliegen. Die Lücke entspreche „etwa der Kapazität von 30 thermischen Großkraftwerken“. Laut den Beratern „treten Versorgungslücken im Jahr 2030 knapp 100 Mal auf“. Dabei werde „die längste Phase der Unterversorgung ungefähr 21 Stunden andauern“. Dies sei auch durch Stromimporte allein nicht mehr zu decken.

Die Analyse von McKinsey steht in einem deutlichen Widerspruch zum Bericht „Versorgungssicherheit Strom“ der Bundesnetzagentur (BNetzA), den das Bundeskabinett Ende Januar verabschiedet hatte. Dort hieß es, die Stromversorgung sei bis 2031 vollständig gesichert, selbst wenn der Kohleausstieg auf 2030 vorgezogen würde.

Die McKinsey-Analyse löst im Bundestag scharfe Kritik an der Bundesregierung und der Bundesnetzagentur aus. „Der Bericht der Bundesregierung zur Versorgungssicherheit ist ein politisches Luftschloss“, sagte Mark Helfrich, Sprecher der Unionsfraktion im Bundestag: „Die McKinsey-Analyse bestätigt den Verdacht, dass die Bundesnetzagentur und die Bundesregierung mit allzu optimistischen Prämissen operieren.“ Dass die Versorgung mit Strom bis 2030 „ganz und gar nicht gesichert ist, zeigt ein Blick ins Kleingedruckte“, warnte Helfrich: „Deutschland soll nicht nur vom großen Stromexporteur zum Stromimporteuer absteigen, sondern wird auch nicht umhinkommen, Inhabern von Wärmepumpen und E-Fahrzeugen bei Knappheit den Strom einfach abzuschalten.“

Wie die Union glaubt auch die AfD nicht, dass es der Bundesregierung gelingt, bis 2030 Gaskraftwerke mit einer Kapazität von rund 20 Gigawatt neu errichten zu

lassen. Dies setzt der Bericht der Netzagentur voraus. „Gaskraftwerke baut niemand mehr, der Ausstieg aus Kohle und Kernenergie führt deshalb zwangsläufig in die Mangelwirtschaft“, kritisierte der wirtschafts- und energiepolitische Sprecher der AfD-Fraktion, Steffen Kotré: „Insofern offenbart trotz gegenteiliger Annahmen schon der Bericht der Bundesnetzagentur eine größer werdende Versorgungslücke, die der McKinsey-Bericht bestätigt.“

Die Kritik wird auch von einer Partei der Ampel-Koalition geteilt: „Der Monitoringbericht beschreibt ein politisches Wunschkonzert und keine realistische Analyse der Entwicklungen“, sagte Michael Kruse, energiepolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion: „Schönwetterberichte tragen nicht zu einer bezahlbaren, sicheren und klimafreundlichen Energiepolitik bei.“ Das vergangene Jahr habe gezeigt, „dass Energiepolitik auf Basis von Fakten und nicht auf Basis von Träumen gemacht werden muss“. Er kritisiert damit deutlich die vom früheren Grünen-Politiker Klaus Müller geleitete Bundesnetzagentur, die dem Bundeswirtschaftsministerium von Robert Habeck (Grüne) nachgeordnet ist: „Die All-Electric-Fantasie der Grünen ist nicht Teil des Koalitionsvertrags.“

Die energiepolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Nina Scheer, wies hingegen darauf hin, dass die McKinsey-Autoren zwar „Annahmen der Zielerreichung infrage stellten“, von ihnen aber auch „bereits angelegte Hebel mit ausreichendem Potenzial zur Sicherung der Stromversorgung gesehen werden“. Dies umfasse beispielsweise die breite Nutzung von Smart Metern in Haushalten, die den Stromverbrauch so steuern, dass energieintensive Geräte Strom vor allem nutzen, wenn er ausreichend zur Verfügung steht, oder bidirektionales Laden von Batterien – also die Möglichkeit, Energie aus der Pkw-Batterie wieder ins Netz zu speisen.

Für Ingrid Nestle, Leiterin der Arbeitsgruppe Klimaschutz und Energie in der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen „muss sich der Bundesnetzagentur-Monitoringbericht nicht verstecken“. Er mache zwar auf den großen Handlungsbedarf aufmerksam. Sorgen seien aber unangebracht. „Auch wenn Putins Energiekrieg die Versäumnisse der letzten 15 Jahre besonders schonungslos aufgezeigt hat, unsere Versorgungssicherheit ist weiterhin auf einem hohem Niveau“, sagte sie: Generell werde kein Kraftwerk stillgelegt, ohne dass die Bundesnetzagentur vorher die möglichen Auswirkungen auf die Netzstabilität überprüft habe.